

Der Kampf gegen **TTIP**, **CETA** und **ISDS**: Erfahrungen aus Kanada

Von Maude Barlow



THE
COUNCIL
OF CANADIANS



LE
CONSEIL
DES CANADIENS

ACTING FOR SOCIAL JUSTICE / AGIR POUR LA JUSTICE SOCIALE



Zur Autorin

Maude Barlow ist die nationale Vorsitzende des Council of Canadians. Maude wurden zwölf Ehrendokortitel sowie viele Auszeichnungen, einschließlich in 2005 die Right Livelihood Award (die als „Alternativer Nobelpreis“ bekannt ist) verliehen. Sie war Senior Advisor zur Wasserversorgung des 63. Präsidenten der Vollversammlung der Vereinten Nationen und leitete die Kampagne zur Anerkennung von Wasser als Menschenrecht der UN. Sie ist auch Autorin von dutzenden Berichten sowie 17 Büchern, einschließlich ihres neuesten Buches *Blue Future: Protecting Water for People and the Planet Forever*. Sie war kämpfte jahrzehntelang aktiv für faire Handelsabschlüsse in Kanada und auf der ganzen Welt.

Dieser Bericht wurde durch die großzügige Unterstützung der JMG Foundation ermöglicht.

Fotokredit

Deckblatt: "Canadian Pride" von Brandon Koger, ausgeschnitten und modifiziert, CC by-nc-sa 2.0

Seite 2: Foto © Wolfgang Schmidt



Der Kampf gegen TTIP, CETA und ISDS: Erfahrungen aus Kanada wurde unter der Creative Commons-Lizenz Attribution-NonCommercial-ShareAlike 4.0 veröffentlicht.

Der Kampf gegen **TTIP**, **CETA** und **ISDS**: Erfahrungen aus Kanada

Inhaltsverzeichnis

Einleitung	4
Was sind TTIP und CETA?	4
Wie beschneiden TTIP und CETA das Regulierungsrecht der Regierungen?	5
Was sind ISDS?	6
Welche Erfahrung hat Kanada mit ISDS unter NAFTA gemacht?	8
Warum ist CETA genauso bedeutend wie TTIP?	10
Welche Versuche gibt es, ISDS zu reformieren?	12
Wie können wir länderübergreifend zusammenarbeiten, um gegen diese Abkommen vorzugehen?	13
Fußnoten	15



Dieser Artikel dient zur **Warnung** der Europäer, denen die Gesundheit ihrer Bewohner, Widerstandfähigkeit ihrer Gemeinschaften, das Schicksal ihren öffentlichen Dienstleistungen und der Schutz ihrer natürlichen Ressourcen wichtig ist.

Einleitung

Im Jahr 1989 unterzeichneten Kanada und die U.S.A. das Free Trade Agreement (CUSTA) (US Kanada Freihandelsabkommen). Im Jahr 1994 unterzeichneten die beiden Länder und Mexiko das North American Free Trade Agreement (NAFTA) (Nordamerikanisches Freihandelsabkommen). Diese beiden Abkommen gaben die Richtung für eine neue Generation von bilateralen und regionalen Handelsabkommen und schafften ein Modell das von den meisten Regierungen noch immer energisch verfolgt wird.

Nach dem CUSTA verlor Kanada einen großen Teil seiner Produktionsbasis, da amerikanische Unternehmen ihre kanadischen Fabriken schlossen und sie Offshore verlagerten. Kanada gab auch die behördliche Aufsicht über seine Energiereserven auf. NAFTA führt eine neue Bestimmung ein – das Investor-Staat-Schiedsverfahren (ISDS) – bei dem Unternehmen aus den drei Ländern die Regierungen der jeweils anderen Länder wegen Gesetzesänderungen, Änderung von Richtlinien oder Praktiken, die ihren Bilanzen schaden, verklagen konnten.

Das Vermächtnis der NAFTA ist sowohl in der Transatlantic Trade and Investment Partnership (TTIP) (Transatlantisches Freihandelsabkommen) zwischen der Europäischen Union und den U.S.A., wie auch im Comprehensive Economic and Trade Agreement (CETA) (Umfassendes Wirtschafts- und Handelsabkommen) zwischen der EU und Kanada noch immer gegenwärtig. Obwohl diese Abkommen den Handelsrahmen auf mehrere neue Weisen erweitern, enthalten beide ISDS-Bestimmungen, die insbesondere in Europa umstritten sind.

Als Folge von NAFTA ist Kanada das durch Investor-Staat-Bestimmungen am meisten herausgeforderte Land unter den Industrienationen und Kanadier haben bei der Auseinandersetzung mit TTIP und CETA eine wichtige Erfahrung an die Europäer weiterzugeben. Dieser Artikel dient zur Warnung der Europäer, denen die Gesundheit ihrer Bewohner, Widerstandfähigkeit ihrer Gemeinschaften, das Schicksal ihren öffentlichen Dienstleistungen und der Schutz ihrer natürlichen Ressourcen wichtig ist.

Was sind TTIP und CETA?

TTIP ist ein geplantes Handels- und Investitionsabkommen zwischen der EU und den U.S.A., um ihre Märkte für Unternehmenssektoren des jeweils anderen Landes, wie u.a. Pharmazeutika, Textilien, Energie und Agrikultur zu öffnen. Die Verhandlungen wurden zum größten Teil hinter verschlossenen Türen geführt, wobei sporadisch Informationen an die Öffentlichkeit durchgedrungen sind.

CETA ist das kanadische Äquivalent, jedoch ist der Verhandlungsprozess bereits weiter vorangeschritten. Im September 2014 haben der kanadische Premierminister Stephen Harper, der damalige Präsident der Europäischen Kommission José Manuel Barroso und der damalige Präsident des Europäischen Rats eine gemeinsame Erklärung unterzeichnet, um das Ende der CETA-Gespräche zu „feiern“. In der Zwischenzeit gibt es eindeutig Widerstand, sowohl in Kanada wie auch in Europa und das Abkommen ist von einem Abschluss noch weit entfernt. Das war das erste Mal, dass der Text des Abkommens der Öffentlichkeit offiziell bekannt gegeben wurde.

Die Befürworter behaupten, dass TTIP und CETA zu einem Wirtschaftswachstum sowohl in der EU

wie auch in Nordamerika, der Schaffung von Arbeitsplätzen und zu Wohlstand für Nordamerikaner und Europäer führen werden. Jedoch zeigt die Erfahrung mit NAFTA, dass alle Vorteile fast ausschließlich den reichen und großen Unternehmen dienen. Während die Gehälter von CEOs und Unternehmensgewinne in Kanada seit 1994 dramatisch angestiegen sind, stagnierten die Einkommen von Familien und Arbeitern und die Schuldenlast von Familien ist auf einem historischen Stand.¹

TTIP und CETA möchten wie die meisten modernen Handelsabkommen „nichttarifliche Handelshemmnisse“ aus dem Handel entfernen. Diese beinhalten Standards und Vorschriften, die zwischen den Ländern in Bereichen wie Lebensmittelsicherheit, finanzielle Dienstleistungen, Umweltschutzgesetzgebung und Beschäftigungsstandards stark voneinander abweichen.

Transnationale Unternehmen möchten eine „Wettbewerbsgleichheit“ bei der Überschreitung von Landesgrenzen und sie kämpfen um den kleinsten gemeinsamen Nenner. Die Standards in Bezug auf Lebensmittelsicherheit und die Umwelt wurden in Kanada nach NAFTA alle nach unten abgeglichen.

Ein wichtiger Bericht kam zu dem Ergebnis, dass NAFTA die Erweiterung einer großangelegten, exportorientierten Landwirtschaft, die sich auf Pestizide und GMOs verlässt, ermöglichte, einen Aufschwung von umweltschädlichem Bergbau in Mexiko förderte, die Fähigkeit von Kanada ihre eigene Energiewirtschaft zu regulieren untergrub, Kanada zum Transport von großen Mengen an fossilen Brennstoffen in die U.S.A. zwang und Umweltschutzmaßnahmen in ganz Nordamerika schwächte, indem Unternehmen neue Mittel zur Anfechtung der Umweltschutzgesetzgebung bereitgestellt wurden.²

Mit CETA und TTIP unterliegen subnationale Regierungen (Kommunen, Provinzen und Staaten) zum ersten Mal lokalen Beschaffungspflichten, die es ihnen verbietet, lokale Unternehmen und die lokale wirtschaftliche Entwicklung zu favorisieren. Nach der Analyse des Canadian Centre for Policy Alternatives wird dies die große Mehrheit von lokalen Regierungen in Nordamerika und Europa

wesentlich darin beschränken, öffentliche Ausgaben als Katalysator zur Erreichung von anderen sozialpolitischen Zielen, wie der Schaffung von Arbeitsplätzen, der Unterstützung von lokalen Bauern bis hin zur Befassung mit der Klimakrise zu verwenden.³

Wie beschneiden TTIP und CETA das Regulierungsrecht der Regierungen?

TTIP und CETA erlegen Regierungen neue Beschränkungen in Bezug auf ihre Rechte auf, im Namen ihrer Völker oder für die Umwelt gesetzliche Regelungen zu erlassen und schaffen Verpflichtungen, die weit über die traditionellen Anforderungen in Handelsabkommen hinausgehen, nicht zwischen ausländischen und lokalen Unternehmen zu diskriminieren. Sie legen Beschränkungen zu nationalen Vorschriften bei Dienstleistungen und „sonstigen wirtschaftlichen Tätigkeiten“, wie u.a. Bergbau, Erdöl- und Gasindustrie, Forstwirtschaft, Agrikultur und Fischfang auf. Da es sich dabei um „Top-Down“-Abkommen handelt, müssen Ausnahmen zu diesem Deregulierungsprogramm aufgeführt und ausgehandelt werden.

Nach Darlegung des Transnational Institute reduziert die Harmonisierung nach unten die Kontrollen und setzt Standards herab, die an Kapital und Unternehmen gestellt werden. Wenn das EU-Arbeitsrecht Arbeitern mehr Schutz bietet, werden alle Regierungen gezwungen, US-Normen anzunehmen, die die Rechte von Arbeitern einschränken.⁴ Wenn in Kanada mehr finanzielle Kontrollen eingesetzt werden, wird Druck ausgeübt und sogar verlangt, dass es sich einem Standard mit mehr Beschränkungen angleicht.

Tatsächlich hat Kanada, das die finanzielle Krise 2008 hauptsächlich überlebte, weil es strenge Kontrollen in Bezug auf seine Banken ausübte, seinen Finanzsektor bereits auf eine Weise gegenüber den Anfechtungen von europäischen und in Kanada tätigen Finanzdienstunternehmen geöffnet, wie es selbst NAFTA nicht getan hat. Wenn eine europäische Bank der Ansicht ist, dass sie in Folge der stren-

geren kanadischen Vorschriften benachteiligt wird, kann sie die kanadische Regierung verklagen.⁵

Außerdem sind TTIP und CETA die ersten Handelsabkommen, die eine obligatorische behördliche Kooperation einschließen, die manchmal Regulierungskonvergenz genannt wird, ein Prozess zur Angleichung von Standards und Regulierungen in allen Gerichtsbarkeiten in Bezug auf Waren so verschieden wie Pipelines, Chemikalien und Lebensmittel.

CETA bekennt sich zu einem Prozess, in dem Unterschiede bei Vorschriften zwischen Europa und Kanada, ob es sich dabei um Arbeitsrechte, Umweltschutzstandards, Lebensmittelvorschriften oder Steuergesetze handelt, die als Hindernis für den Handel angesehen werden könnten, unterdrückt werden. Beide Parteien vereinbaren, Informationen von beabsichtigten oder geplanten zukünftigen Vorschriften zu teilen, noch bevor sie mit ihrem eigenen gewählten Parlament geteilt werden, um sicherzustellen, dass sie nicht handelsverzerrend sind. Das bedeutet, dass die andere Partei Änderungen an einem Teil der Gesetzgebung vornehmen könnte, bevor sie von ihren eigenen Mandatsträgern oder der Öffentlichkeit bekannt gemacht würden.

In Kanada ist erforderlich, dass alle neuen Vorschriften oder Gesetze von Handelsexperten geprüft werden müssen, um sicherzustellen, dass sie gemäß NAFTA nicht angefochten werden können. Es wird erwartet, dass jede neue europäische Vorschrift von Kanada sowie vice versa gemäß CETA geprüft und genehmigt werden muss.

Kanada und Europa haben sich auch geeinigt, externe Stellen mit der Durchführung von Bewertungen zu Produktstandards zu beauftragen und wichtige Entscheidungen zu Vorschriften und Standards in die Hände des Privatsektors zu legen. CETA schafft auch ein Forum zur behördlichen Kooperation (Regulatory Cooperation Forum), um die behördliche Zusammenarbeit und Arbeit mit „Interessengruppen“, einschließlich Unternehmen, zu erleichtern.

TTIP geht dabei sogar noch weiter. Wie Corporate Europe Observatory (CEO) erklärt, will TTIP den

Rat zur behördlichen Kooperation (Regulatory Cooperation Council) gründen, der Unternehmenslobbys aus Nordamerika und Europa zum ersten Mal in einem Handelsabkommen formellen Einfluss geben würde, Vorschriften und Standards generell „mit zu verfassen“. Diese neue bürokratische Stelle soll eine große Macht besitzen, die europäische Kommission von der Vorlage von Vorschlägen abzuhalten, die geschäftsfreundliche Grundsätze nicht befolgen.⁶

Während Befürworter behaupten, dass die behördliche Kooperation unnötigen „Papierkrieg“ reduziert, sagt CEO, dass dies ein sehr effektiver Vorschlag sei, um einige der strittigen Unterschiede zu beheben, nachdem die Handelsabkommen unterzeichnet wurden und die öffentliche Überprüfung reduziert wurde.

Die Umweltstandards wurden bereits unter dem früheren Präsidenten George Bush und in Kanada unter Premierminister Harper drastisch heruntergesetzt.^{7,8,9} Und eine Deregulierung von Umweltbestimmungen ist in Europa bereits unter Führung des Präsidenten der Europäischen Kommission, Jean-Claude Juncker im Gange. CETA und TTIP sind Zugeständnisse an europäische Unternehmen und Industrielobbys bei ihren Bemühungen, den Prozess der Heruntersetzung von Umweltvorschriften zu beschleunigen.

Was sind ISDS?

Die Bestimmungen zum Investor-Staat-Schiedsverfahren (ISDS) gewähren privaten Investoren aufgrund von internationalen Gesetzen, Schiedsverfahren gegen eine ausländische Regierung einzuleiten. Ursprünglich wurden sie eingesetzt, um private Unternehmen vor wohlhabenden Ländern gegen die Bedrohung der Nationalisierung in ärmeren Ländern zu schützen, aber in den letzten Jahrzehnten haben sich ISDS erheblich ausgeweitet.

Unternehmen klagen jetzt auf finanzielle Entschädigung, wenn ausländische Regierungen neue Gesetze oder Praktiken, wie z. B. in Bezug auf Umweltschutz, Gesundheit oder Menschenrechte einführen, die sich negativ auf Bilanzen auswirken.

Viele Streitigkeiten werden durch den World Bank's International Centre for the Settlement of Investment Disputes verhandelt. Der Zigarettenhersteller Phillip Morris hat dieses Verfahren genutzt, um australische Vorschriften in Bezug auf Zigarettenverpackungen zur Förderung der öffentlichen Gesundheit anzufechten. Ein schwedisches Unternehmen, Vattenfall, verklagte Deutschland auf berichtete € 4,7 Milliarden (\$ 6,9 Milliarden CDN) in Bezug auf den deutschen Ausstieg aus der Kernenergie.

Erst vor kurzem wurde ISDS in bilaterale und regionale Abkommen auf eine Weise einbezogen, die einem Unternehmen in einem Land erlaubt, die Regierung eines anderen Landes direkt unter Anwendung eines privaten Schiedsverfahrens zu verklagen. ISDS gewährt Unternehmen bei diesen Verhandlungen im Wesentlichen denselben Status wie Regierungen und privatisiert das Streitbeilegungssystem zwischen den Nationen.

Gemäß der United Nations Conference on Trade and Development (UNCTAD) gibt es jetzt weltweit über 3200 ISDS-Verträge (zumeist bilaterale), wobei jede zweite Woche ein Vertrag abgeschlossen wird. Diese Rechte von Unternehmen sind tief in NAFTA sowie in allen neuen regionalen Abkommen, einschließlich von CETA und TTIP verwurzelt. Unternehmen haben ISDS mehr als 600 Mal eingesetzt, um Anfechtungen gegen Regierungsmaßnahmen vorzunehmen.

Die Mehrheit der ISDS-Fälle wurden von Unternehmen des globalen Nordens gegen Maßnahmen die von Ländern des globalen Südens ergriffen wurden, eingereicht. Und die Unternehmen gewinnen in allen Fällen. Ein Bericht aus dem Jahr 2015 von UNCTAD kam zu dem Ergebnis, dass 60 Prozent der entschiedenen Fälle die privaten Investoren begünstigten und nur 40 Prozent den Staat begünstigten, wodurch gezeigt wird, dass Unternehmen dauerhaft und erfolgreich staatliche Vorschriften und die öffentliche Kontrolle anfechten.¹⁰

Im Gegensatz zu den Behauptungen der Befürworter, das ISDS ein faires und unabhängiges Streitbeilegungssystem sei, kam eine umfassende Untersuchung durch das Corporate Europe Observatory and Transnational Institute zu dem Ergebnis, dass

ein Elitezirkel von Rechtsanwälten, Schiedsrichter und Finanzspekulatoren explodierende Gewinne verzeichnen und aktiv Unternehmen rekrutieren, um Regierungen weltweit aufgrund von neuen Vorschriften zur Gesundheit, Sicherheit, zum Arbeitsrecht und Umweltschutz zu verklagen.

Unternehmen haben
ISDS mehr als **600**
Mal eingesetzt, um
Anfechtungen gegen
Regierungsmaßnahmen
vorzunehmen.

Nur 15 Schiedsrichter, fast alle aus Europa, Kanada und den U.S.A., die so viel wie \$ 1 Million (€ 1,5 Millionen) pro Fall verdienen, haben 55 Prozent von allen Streitigkeiten zu den Abkommen entschieden. „Sie haben einen eigennützigen Wirtschaftszweig geschaffen, der von einer kleinen exklusiven Elite [Gruppe] von Rechtsanwaltskanzleien und Rechtsanwälten kontrolliert wird, deren Verbindungen untereinander und mehrfache finanziellen Beteiligungen schwere Zweifel an ihrer Entschlossenheit, gerechte und unabhängige Urteile auszusprechen, aufkommen lässt,“ erklären die Autoren Pia Eberhardt und Cecilia Olivet.¹¹

Der stillschweigende Aufstieg eines mächtigen internationalen Investitionsregimes hat hunderte Länder umgarnt und Unternehmensgewinne den Vorzug vor Menschenrechten und Umweltschutz gegeben. Dieser „Boom“ in Bezug auf Schiedsverfahren zu Investitionen“ kostet Steuerzahler Milliarden von Dollar und verhindert eine Gesetzgebung im öffentlichen Interesse.¹²

ISDS gefährdet auch die Menschenrechte. Im Juni 2015 haben zehn UN-Berichterstatter zu verschiedenen Menschenrechtsfragen eine Erklärung verfasst, die die Aufmerksamkeit auf „die potentiellen nachteiligen Auswirkungen“ legte, die Abkom-

men wie CETA und TTIP auf die Achtung der Menschenrechte haben, die in den rechtlich bindenden UN-Rechtsinstrumenten verwurzelt sind. „Unsere Bedenken“ führen die Experten aus, „beziehen sich auf das Recht auf Leben, Lebensmittel, Wasser und Hygiene, Unterkunft, Bildung, Wissenschaft und Kultur, verbesserte Arbeitsnormen, ein unabhängiges Rechtssystem, eine saubere Umwelt und das Recht keiner Zwangsumsiedlung ausgesetzt zu werden.“

Die Experten wiesen darauf hin, dass die Investor-Staat-Vorschriften einen Schutz für Investoren, jedoch nicht für Staaten oder ihre Bevölkerung gewährten. Beim Blick auf die Geschichte der ISDS-Schlichtungen, schloss der UN-Menschenrechtsexperte, dass „die Regulierungsaufgabe von vielen Staaten und ihre Fähigkeit Vorschriften im öffentlichen Interesse zu erlassen, gefährdet sind.“¹³

Welche Erfahrung hat Kanada mit ISDS unter NAFTA gemacht?

NAFTA war das erste Handelsabkommen unter den Industrieländern, das eine Investor-Staat-Bestimmung einschloss. Es gewährt Investoren auf dem Kontinent das Recht, die Regierung des anderen Landes zu verklagen, ohne zuerst ein Gerichtsverfahren über das Rechtssystem des Landes anstrengen zu müssen. Vor NAFTA wurden ISDS-Bestimmungen nur zwischen Industrie- und Entwicklungsländern verhandelt.

In Folge der ISDS-Anfechtungen durch NAFTA, ist Kanada jetzt das am meisten verklagte Industrieland der Welt. Kanada wurde öfter verklagt als die U.S.A. oder Mexiko. Von den 77 bekannten Investor-Staat-Forderungen durch NAFTA richteten sich 35 gegen Kanada, 22 gegen Mexiko und 20 gegen die U.S.A.

Die US-Regierung hat 11 ihrer Fälle gewonnen und nie einen Investor-Staat-Fall aufgrund von NAFTA verloren oder eine Entschädigung an kanadische oder mexikanische Unternehmen bezahlt. Das ist der Beweis dafür, dass selbst wenn es den Anschein hat, dass Handelsabkommen alle Parteien gleich

behandeln, mächtige Länder im Allgemeinen gegenüber Handelskonflikten immun sind.¹⁴

Kanada hat amerikanischen Unternehmen in den sieben Fällen, die es verloren hat, mehr als \$ 200 Millionen (ungefähr € 135 Millionen) gezahlt und ausländische Investoren fordern jetzt in neuen Fällen über \$ 2,6 Milliarden (ungefähr € 1,75 Milliarden) von der kanadischen Regierung. Selbst die Verteidigung von Fällen, die nicht erfolgreich sind, ist teuer. Kanada hat bis heute über \$ 65 Millionen (ungefähr € 45 Millionen) für seine Verteidigung gegen Klagen aufgrund von NAFTA ausgegeben.

Das Canadian Centre for Policy Alternatives berichtet, dass fast zwei Drittel der Forderungen gegen Kanada Klagen in Bezug auf den Umweltschutz oder das Ressourcenmanagement sind, die angeblich den Gewinn von amerikanischen Unternehmen beeinträchtigen.

Die Fälle sind u.a.:

- Ethyl, ein US-Chemiekonzern, hat ein kanadisches Verbot des Imports seines Brennstoffs, der MMT, ein Zusatzstoff, der ein vermutetes Neurotoxin ist, angefochten. Die kanadische Regierung hat das Verbot aufgehoben und dem Unternehmen \$ 13 Millionen (ungefähr € 8,8 Millionen) für seinen entgangenen Gewinn bezahlt.
- S.D. Myers, ein US-Abfallentsorgungsunternehmen hat ein ähnliches Verbot des Exports von toxischem PCB-Abfall angefochten. Kanada zahlte dem Unternehmen über \$ 6 Millionen (ungefähr € 4 Millionen).
- Ein Ausschuss von NAFTA ordnete an, dass die kanadische Regierung Exxon-Mobil, dem größten Öl- und Brennstoffunternehmen der Welt \$ 17,3 Millionen (ungefähr € 11,6 Millionen) zu zahlen hat, als das Unternehmen die Regierungsrichtlinien, dass Investoren bei Offshore-Erkundungen in den Provinzen Neufundland und Labrador, an denen das Unternehmen stark beteiligt ist, in die lokale Forschung und Entwicklung investieren müssen, angefochten hat.

AbitibiBowater:
\$130,000,000

Lone Pine:
\$250,000,000

Eli Lilly:
\$500,000,000

Mesa Power Group:
\$775,000,000

- Das in New Jersey angesiedelte Bilcon Construction fordert \$ 300.000 (ungefähr € 200.000) an Entschädigung von der kanadischen Regierung, nachdem eine Anfechtung gemäß NAFTA erfolgreich war, als ihre Pläne einen massiven Steinbruch und Hafenterminal in einem ökologisch sensiblen Gebiet von Nova Scotia zu bauen und Basalthaufwerk durch die Bay of Fundy, mit der höchsten Brandung der Welt, zu befördern, von einem Ausschuss zur Umweltprüfung abgelehnt wurden.
- Der Chemiegigant Dow AgroSciences benutzte NAFTA, um die Provinz Quebec, nachdem sie 2,4-D, ein Pestizid von dem der Natural Resources Defence Council sagt, dass es mit vielen Studien zu Krebs und Zellschäden in Verbindung steht, zu zwingen, öffentlich anzuerkennen, dass die Chemikalie kein „unakzeptables Risiko“ für die menschliche Gesundheit darstellt, eine Position, die die Regierung früher einnahm.
- Die kanadische Regierung zahlte dem amerikanischen Zellstoff- und Papiergiganten AbitibiBowater \$ 130 Millionen (ungefähr € 88 Millionen) nachdem das Unternehmen erfolgreich

NAFTA eingesetzt hat, um Entschädigung für die „Wasser- und Einschlagrechte“ zu fordern, die es zurückließ, als es seinen Betrieb in der Provinz Neufundland und Labrador nach 100 Jahren einstellte und die Arbeiter mit unbezahlten Renten zurückließ. Diese Anfechtung ist besonders beunruhigend, da sie einem ausländischen Investor das Recht gibt, eine Entschädigung für die vorhandenen Ressourcen zu verlangen, die er benutzte, während sich sein Betrieb in einer anderen Gerichtsbarkeit befand.

- Die Mesa Power Group, ein Energieunternehmen im Besitz des texanischen Milliardärs T. Boone Pickens, fordert \$ 775 Millionen (ungefähr € 523 Millionen) in einer Anfechtung des Green Energy Act (Ökostromgesetz) der Provinz Ontario, die lokalen Windkraftbetreibern den Vorzug gibt.
- Lone Pine, ein kanadisches Energieunternehmen verklagt die kanadische Regierung über ihren amerikanischen Partner auf \$ 250 Millionen (ungefähr € 152), da die Provinz Quebec ein vorläufiges Moratorium für alle Fracking-Aktivitäten unter dem St. Lawrence-Fluss einführte, bis alle weiteren Studien abgeschlossen sind. Diese Anfechtung ist bedenklich, da ein nationales Unternehmen eine ausländische Tochtergesellschaft dazu benutzt, um seine eigene Regierung zu verklagen.
- Eli Lilly, ein US-Pharmagigant verklagt Kanada auf \$ 500 Millionen (ungefähr € 337 Millionen) nachdem die Patentverlängerung für eines seiner Produkte auf drei Gerichtsebenen in Kanada abgelehnt wurde. Dieser Fall ist insbesondere besorgniserregend, da kanadisches Recht angefochten wird, das von kanadischen Gerichten ausgelegt wurde und eine neue Grenze für ISDS-Anfechtungen darstellt.

Diese und andere Beispiele zeigen, dass die Handels- und Investitionsabkommen, wie NAFTA transnationalen Unternehmen unglaubliche neue Rechte gewährt, um Regierungen ihren Willen aufzuzwingen. Aber sie sind wahrscheinlich nur die Spitze des Eisbergs, da neue Gesetze oder Änderungen an Gesetzen aufgrund des „Abschreckungseffekts“ von früheren Beschränkungen nie zum Tragen kommen. Die kanadische Regierung hat kurz nachdem NAFTA

verabschiedet worden war, eine neue Richtlinie verabschiedet, nach der alle neuen Gesetze und alle Änderungen an bestehenden Gesetzen von Handelsexperten überprüft werden müssen, um sicherzustellen, dass sie nach den ISDS-Vorschriften nicht anfechtbar sind.

Warum ist CETA genauso bedeutend wie TTIP?

Viele Europäer sind umfassend über TTIP, das Abkommen mit den U.S.A., informiert und sind darüber sehr besorgt. Nur wenige Europäer haben jedoch von CETA gehört. Viele, die jedoch davon gehört haben, sind bezüglich des Abkommens mit Kanada weniger besorgt. Sind nicht die kanadischen Standards, Werte und Vorschriften auf Gebieten wie Gesundheit, Arbeitsrecht, Menschenrechte, Lebensmittelsicherheit und Umweltschutz denen Europas näherstehend als denen der U.S.A.?

Das ist ein Argument, das wir in Kanada zu hören bekommen. Viele Kanadier haben Einwände gegen das Freihandelsabkommen mit den U.S.A., da sie fürchten, dass wir gezwungen werden, unsere sozialen Standards nach unten anzupassen. Viele Kanadier sind jedoch offener gegenüber einem Abkommen mit Europa, da sie hier keine derartige Bedrohung unserer Lebensweise befürchten.

Dieses Denken lässt jedoch mehrere Punkte außer Acht. Erstens, hat es keine Bedeutung, wer anfangs die höchsten Standards hatte. Es ist wichtig, wie die Unternehmen auf beiden Seiten des Atlantiks die behördliche Kooperation und ISDS-Bestimmungen von CETA einsetzen, um allgemein die Standards



zu senken. Ebenso gibt es in Kanada und Europa interne Prozesse, die sich bereits der Deregulierung von Umweltschutz, Gesundheits- und Arbeitsrechtsstandards sowie der Privatisierung von öffentlichen Dienstleistungen verschrieben haben. CETA wird den Gang dieses Prozesses sowohl in Europa als auch in Kanada beschleunigen.

Doch der vielleicht wichtigste Grund, warum Europäer in Bezug auf das CETA besorgt sein sollten, ist, dass es eine Hintertür für amerikanische Unternehmen bereithält, die Standards und Vorschriften in Europa durch ihre Tochtergesellschaften anzufechten. Das einzige, was ein amerikanischer Agrikultur-, Energie-, oder Arzneimittelgigant tun müsste, wäre die europäischen Standards durch ISDS über ihre bestehenden Tochtergesellschaften in Kanada, von denen es bereits viele gibt, oder die gegründet werden könnten, anzufechten.

Wenn die Europäer in der Lage sind, ISDS von TTIP fern zu halten, jedoch CETA in seiner jetzigen Form umgesetzt werden darf, haben amerikanische Unternehmen genauso Zugang zu Klagen gegen Europa, als wenn TTIP, die ISDS enthält, unterzeichnet worden wäre.

Timothé Feodoroff vom Transnational Institute erklärt, dass CETA die großen amerikanischen Öl- und Brennstoffunternehmen in die Lage versetzen wird, europäische Fracking-Verbote und Vorschriften durch die Hintertür anzufechten. Und er merkt an, dass die Unternehmen nur eine Tochtergesellschaft oder eine Niederlassung in Kanada benötigen würden.

Kanada hat bereits die zu diesem Zeitpunkt laufenden CETA-Verhandlungen verwendet, um Europa zu einer Schwächung seiner Richtlinie zur Kraftstoffqualität, einem wichtigen Teil der EU-Gesetzgebung wodurch sie zwischen verschiedenen Arten von Kraftstoffimporten basierend auf ihren CO₂-Emissionen unterscheiden kann, zu bewegen. Friends of the Earth Europe behaupten, dass dies Rohöl vom Teersand aus Alberta, bei dem CO₂-Emissionen 23 Prozent höher als bei konventionellem Öl sind, ungehinderten Zugang zu Europa gibt. Dies ist eine Situation, die die kanadische Regierung fördert.¹⁵

Mike Hudema von Greenpeace Canada beklagt, dass anstatt die Klimakrise in Kanada anzugehen,

die kanadische Regierung andere Regierungen zur Schwächung ihrer Klimaschutzmaßnahmen zwingt, um mehr schmutziges Öl zu verkaufen.

Viele Europäer sind auch besorgt, dass TTIP letztendlich zu niedrigeren Standards bei der Lebensmittelsicherheit und beim Tierschutz führen wird, die im Allgemeinen in Europa höher als in den U.S.A. sind. Friends of the Earth Europe der in den U.S.A. angesiedelte Center for Food Safety warnt davor, dass die behördlichen Kooperationsvorschriften von TTIP einer neuen Stelle, die sich aus Handels- und Rechtssetzungssachverständige besteht, eindeutig das Recht verleiht, alle neuen Lebensmittelsicherheitsvorschriften zu filtern, wodurch die Befugnis von Regierungen auf Industrievertreter übertragen wird.¹⁶

Es gibt bereits Anzeichen für eine Befolgung. Europa hat sein Verbot von Rindfleisch, das in Milchsäure gereinigt wurde, aufgehoben, um den Weg für Gespräche zu CETA wie auch TTIP zu ebnet, da beide Länder diese Praxis erlauben und den europäischen Markt für ihre Rindfleischexporte erschließen möchten. Falls die EU jedoch in der Zukunft das Verbot dieser Praxis wieder einführt, könnten US-Agrarindustriunternehmen auf eine Entschädigung durch CETA klagen.

Food and Water Watch Europe (FWWE) warnt vor einem wichtigen Bericht, nachdem TTIP und CETA dazu benutzt werden könnten, die strengeren Gesetze Europas in Bezug auf GMOS anzufechten. Bis heute, so berichtet FWWE, ist in Europa nur eine biotechnologische Nutzpflanze zum Anbau zugelassen und kultiviert weniger als ein Zehntel eines Prozents der weltweit genetischtechnisch veränderten landwirtschaftlichen Nutzflächen. US-Biotechunternehmen wie Monsanto und Dow könnten verzögerte Zulassungen in Europa durch die ISDS-Bestimmungen der TTIP oder des CETA anfechten und europäische Biotechunternehmen wie BASF und Syngenta könnten Versuche der U.S.A. in Bezug auf Initiativen zur Lebensmittelkennzeichnung angreifen.¹⁷

Amerikanische private Krankversicherungen können ebenfalls CETA benutzen, um die öffentliche Gesundheitsversorgung anzufechten. John Hilary von Großbritanniens War on Want weist darauf hin, dass Gesundheitsdienste, medizinische Dienste und

zahnärztliche Dienstleistungen alle in TTIP-Verhandlungen einbezogen sind. Hilary erklärt, dass dies den National Health Service (NHS) von England gefährdet. Nach Jahren der Privatisierung gibt es eine zunehmende Nachfrage, den NHS wieder unter die öffentliche Kontrolle zu bringen.¹⁸

CETA ist eine Hintertür für amerikanische Unternehmen, um die Standards und Vorschriften in Europa durch ihre Tochterunternehmen in Kanada anzufechten.

Er merkt jedoch an, dass jede zukünftige Regierung, die dies versuchen würde, Investor-Staat-Anfechtungen unter TTIP gegenüberstehen könnte oder CETA, falls TTIP nicht unterzeichnet wird oder ISDS nicht in ihr enthalten ist.

Es gibt ähnliche Bedrohungen gegenüber der Bewegung zur Rekommunalisierung von privaten Wasserversorgungsdiensten. Während Wasserressourcen von CETA ausgenommen sind, sind privatisierte Dienste darin enthalten. Wenn eine Kommune ihre Wasserversorgungsdienste privatisiert hat, kann jeder nordamerikanische Investor sie auf Entschädigung durch Anwendung von ISDS anfechten. Brent Patterson, Political Director des Council of Canadians, weist darauf hin, dass viele öffentliche Rentenfonds in private Wasserversorgungsdienste weltweit investiert werden.

Was würde geschehen, wenn England sich entscheiden würde, die Zahlung von höheren Wasserpreisen einzustellen und ihre privatisierten Wasserversorgungsdienste in die staatliche Hand zurückführen würde, fragt er? Kanadische Investoren können dies anfechten. Der Rentenplan der Lehrer von

Ontario besitzt 27 Prozent der Northumbrian Water Group (die ihre Wasserversorgungsdienste an etwa 4,4 Millionen Kunden in England verkauft) und der Rentenplan von Kanada besitzt ein Drittel der Anglian Water Services (die Wasserversorgungsdienste an etwa sechs Millionen Menschen verkaufen). Beides sind gewinnträchtige Unternehmen für diese kanadischen Rentenfonds und die Spitze des Eisbergs.¹⁹

CETA ist an sich eine Bedrohung für die Umweltschutzstandards in Europa. Siebenundfünfzig Prozent der Bergwerksunternehmen sind in Kanada angesiedelt, da unsere Vorschriften zur Börsennotierung sehr locker sind. Ein Industriebericht kam zu dem Ergebnis, dass die Bergbauindustrie in Kanada die schlechteste Umweltschutz- und Menschenrechtsbilanz von allen Ländern hat.²⁰

Ein kanadisches Unternehmen, Gabriel Resources, wollte die größte Goldmine Europas in Rumänien bauen und investierte in eine frühzeitige Erkundung. Der örtliche Widerstand gegen die Tagebauminerose Rosia Montana führte zum Abbruch. Das Unternehmen hat wissen lassen, dass es \$ 4 Milliarden (ungefähr € 2,7) an Entschädigung fordern wird und CETA ein wichtiges Hilfsmittel zum Vorantreiben ihrer Interessen ansieht. CETA würde dem kanadischen Bergbauunternehmen Eldorado Gold eine ähnliche Macht zur Klage gegen Griechenland geben, wenn die syrische Regierung ihr Versprechen einhält, die umweltschädliche Mine Skouries im Norden des Landes einzustellen.

Welche Versuche gibt es, ISDS zu reformieren?

Es gab eine weitverbreitete Opposition gegen diese und andere geplante Handels- und Investitionsabkommen in Europa, aber insbesondere gegen ISDS. Millionen von Staatsbürgern in ganz Europa haben in den Parlamenten von Frankreich, Deutschland, Österreich, Belgien, Ungarn und Griechenland Bedenken erhoben.

Als Antwort darauf kündigte die europäische Kommission einen Plan an, ISDS durch die Einrichtung eines neuen europäischen Gerichtssystems für Investitionen, das alle laufenden und zukünftigen

Investitionsverhandlungen, einschließlich des gegenwärtigen ISDS-Systems in TTIP ersetzen würde, zu „reformieren“. Die Kommission erklärte, dass das neue System aus vollqualifizierten Richtern und transparenten Verfahren bestünde und dass Fälle aufgrund eines Systems mit klaren Regeln entschieden würden. Die Möglichkeit, das Investoren einen Fall vor Gericht bringen, würde präzise definiert werden und auf Fälle wie z. B. gezielte Diskriminierung aufgrund von Geschlecht, Rasse, Nationalität oder Religion, Rechtsverweigerung oder Enteignung ohne Entschädigung beschränkt sein.

Außerdem unterliegt das Gericht einer Überprüfung durch einen neuen Berufungsausschuss. Die Kommission verspricht, dass diese Reformen die Rechte der Regierung zur Regulierung schützen werden und versichert, dass Investitionsstreitigkeiten sich im vollen Einklang mit dem Rechtsstaatsprinzip befinden. Des Weiteren schlägt die Kommission vor, mit anderen Ländern zusammenzuarbeiten, um ein ständiges internationales Gericht für Investitionen einzurichten, um andere Streitbeilegungsmechanismen in Bezug auf Investitionen, die auf ähnlichen Prinzipien beruhen, zu ersetzen.

Diese Vorschläge sind zweifellos eine große Verbesserung des derzeitigen Systems und kommen den Zielen von denjenigen entgegen, die nach einem internationalen Gericht für Investitionen basierend auf anderen Grundsätzen als denen des gegenwärtigen Systems, verlangt haben. Der kanadische Handelsexperte Gus Van Harten befindet sich unter denjenigen, die ein Streitbeilegungssystem basierend auf Unabhängigkeit, Fairness, Offenheit, Subsidiarität (lokale Behörden) und Gleichgewicht verlangen.

Während Van Harten anerkennt, dass sich die vorgeschlagenen Reformen der europäischen Kommission „über im Wesentlichen unechte Reformen zu etwas potentiell bedeutsamerem“ hinaus entwickelt haben, hat er weiterhin Bedenken, dass diese Reformen es versäumen werden, von ausländischen Investoren, wie von allen anderen, einschließlich einheimischen Investoren, zu verlangen, die nationalen Gerichte eines Landes anzurufen, bevor ein internationales Rechtsmittel eingelegt wird. Die Kommission scheint entscheiden dagegen zu sein, so sagt er in einer Kurzdarstellung, ausländischen

Unternehmen einen speziellen Status einzuräumen, indem ihnen erlaubt wird, die Gesetze anzufechten, die für alle anderen gelten. Dies ist besonders besorgniserregend, sagt er, da Europa wohl das bestetablierte Gerichtssystem in der Welt besitzt.²¹

Sowohl Greenpeace wie auch Friends of the Earth Europe stimmen dieser Einschätzung zu und sagen, dass das neue System ausländischen Unternehmen weiterhin ein privilegiertes Rechtssystem gewährt. Andere hatte eine heftigere Reaktion. Global Justice Now in Großbritannien erinnerte uns daran, dass fast 3 Millionen Europäer eine Petition unterzeichnet haben, die TTIP ablehnen und dass 97 Prozent der Teilnehmer einer Anhörung eine Investor-Staat-Bestimmung in irgendeiner Form ablehnten. Sie und viele andere versichern, dass die einheimischen Gerichte in Europa ausreichen, um Streitigkeiten beizulegen.

Es gibt zwei Hauptanliegen zu den vorgeschlagenen Reformen. Eines ist, dass sie nicht auf alle anderen Aspekte von CETA und TTIP eingehen, die sehr besorgniserregend sind, wie die Entfernung der lokalen Behörden zur lokalen Beschaffung, die Liberalisierung der Dienstleistungen und natürlich den Prozess der behördlichen Kooperation.

Aber das krasseste Problem ist der Ausschluss von CETA aus dem neuen System. Denn es wurde als abgeschlossen angesehen, obwohl es entweder in Kanada oder Europa noch unterzeichnet werden muss. Die europäische Kommission hat die ISDS-

Bestimmungen von CETA unverändert gelassen und wie oben beschrieben, ist dies nicht besser, als wenn sie in TTIP weiterhin enthalten wären. Tatsächlich erklärte die sozialistische Staatengemeinschaft des europäischen Parlaments im September 2015 unmissverständlich, dass sie die vorgeschlagenen Reformen nicht unterstützen würden, es sei denn sie würden genauso für CETA gelten.

Es gibt ein letztes Problem mit diesen Reformen. Die U.S.A. hat sie völlig abgelehnt. Stefan Selig, der stellvertretende Handelsleiter der U.S.A. sagte im letzten Mai, dass die U.S.A. keine Notwendigkeit für ein neues internationales Tribunal sieht, um Streitigkeiten in TTIP beizulegen und berief sich auf die Gültigkeit des derzeitigen ISDS-Systems.²²

Wie können wir länderübergreifend zusammenarbeiten, um gegen diese Abkommen vorzugehen?

Dieser Bericht wurde verfasst, um zu versuchen, Europäern zu zeigen, warum CETA genauso wichtig ist wie TTIP und die Bewegung von kanadischen, europäischen und amerikanischen Aktivisten und Organisationen, die gegen diesen schädlichen Handel und diese schädlichen Investitionsabkommen kämpfen, vorantreiben zu können.

Es ist entscheidend, dass europäische Aktivisten und Gruppen CETA zur Priorität machen, da wir wenig Zeit haben, es zu besiegen. Das bedeutet, wie das Seattle to Brussels Netzwerk vor kurzem in einem offenen Brief an das europäische Regierungen und Mitglieder des europäischen Parlaments (MEP) schrieb, zu fordern, dass die europäische Kommission eine umfassende Analyse des CETA-Texts vornimmt, einschließlich von Auswirkungen auf Menschenrechte, Gesundheit, Arbeit und politischen demokratischen Raum, damit gewählte Vertreter ihre Unternehmensprüfungen zum Schutz des öffentlichen Interesses durchführen können. Die Kommission und gewählten Behörden müssen Antworten auf die zunehmenden Bedenken zu CETA geben können und öffentliche Foren dazu organisieren.

Das Netzwerk fordert MEPs auch auf, CETA, zumindest bis wir glaubhafte Antworten auf diese vielen



Fragen bekommen haben, nicht zu unterzeichnen. „Nach unserer Meinung“, sagt das Netzwerk, rechtfertigen die hypothetischen 0,09 Prozent an zusätzlichem Wachstum, das in der Studie zu Vorverhandlungen 2008 vorhergesagt wurde nicht, blindlings ein Abkommen zu unterzeichnen, das von Unternehmenslobbys hauptsächlich entworfen wurde, um den Druck auf unsere Demokratie und unsere Rechte zu erhöhen.“²³

Es ist genauso wichtig, dass wir innerhalb der Regierungen mitarbeiten, um eine Entschlossenheit zu erreichen, CETA zur Unterzeichnung an die Legislative jeder der 28 europäischen Staaten sowie an das europäische Parlament zu schicken. Es wurden genügend Bedenken gegen CETA und ISDS innerhalb von vielen Regierungen erhoben und jede sollte eine Gelegenheit haben, für dieses umstrittene Abkommen zu stimmen.

Wir in Kanada tragen nach den Bundestagswahlen unseren Teil dazu bei, mit einer (hoffentlich) neuen Regierung zusammenzuarbeiten, die eine größere Bereitschaft hat als die bisherige, unsere Bedenken zu CETA anzuhören.

Letztendlich ist vielleicht die Einleitung von länderübergreifenden Initiativen für Gerechtigkeit, wie wir dies für viele Fragen getan haben, das Wichtigste was wir tun können. Es ist offenkundig,

Es ist **entscheidend**, dass europäische Aktivisten und Gruppen CETA zur Priorität machen, da wir wenig Zeit haben, es zu besiegen.

dass wir die ökonomische und politische Agenda und die Unternehmensmacht, die hinter ihr steht, die ein Konzept wie das ISDS überhaupt erst entworfen hat, herausfordern müssen. Die ökonomische Globalisierung, unbegrenztes Wachstum, Deregulierung von Umweltschutz, Gesundheit und Sicherheit, Privatisierung von öffentlichen Dienstleistungen und die Dominanz des Marktes sind alles Kennzeichen von TTIP, CETA und ISDS und wir müssen diese Prioritäten durch andere ersetzen, wenn wir und unser Planet überleben sollen.



Fußnoten

1. Campbell, Bruce. *FTA at 25, NAFTA at 20*. Canadian Centre for Policy Alternatives (CCPA). December 2013.
2. Sierra Club of Canada, Sierra Club US, Council of Canadians, Mexican Action Network on Free Trade and Institute for Policy Studies. *NAFTA: 20 Years of Costs to Communities and the environment*. March 2014.
3. CCPA. *Making Sense of the CETA: An Analysis of the final text of the Canada-European Union Comprehensive Economic and Trade Agreement*. September 2014.
4. Transnational Institute. *State of Power, 2015, An annual anthology on global power and resistance*. 2015.
5. Whittington, Les. "EU trade pact could weaken Ottawa's power to regulate banks." *Toronto Star*. September 7, 2015.
6. Corporate Europe Observatory. *TTIP: Regulations Handcuffed*. January 28, 2015.
7. Kennedy Jr, Robert F. *Crimes Against Nature, How George W. Bush and His Corporate Pals Are Plundering the Country and Highjacking Our Democracy*. HarperCollins. 2005.
8. Barlow, Maude. *Blue Betrayal, The Harper Government's Assault on Canada's Freshwater*. Council of Canadians. 2015.
9. Barlow, Maude. *Broken Covenant: How Stephen Harper Set Out To Silence Dissent and Curtain Democratic Participation in Canada*. Council of Canadians. 2015.
10. Mann, Howard. *ISDS: Who Wins More, Investors or States? IISD for UNCTAD*. June 24, 2015.
11. Eberhardt, Pia and Olivet, Cecilia. *Profiting from injustice: How law firms, arbitrators and financiers are fuelling an investment arbitration boom*. Corporate Europe Observatory and Transnational Institute. November 2012.
12. Ibid.
13. Office of the UN High Commissioner for Human Rights. "UN experts voice concern over adverse impact of free trade and investment agreements on human rights." June 2, 2015.
14. CCPA. *NAFTA Chapter 11 Investor-State Disputes to January 1, 2015*. January 2015.
15. Friends of the Earth Europe. *Dirty deals: How trade talks threaten to undermine EU climate policies and bring tar sands to Europe*. July 2014.
16. Centre for Food Safety, GRAIN, IATP. *How TTIP undermines food safety and animal welfare*. February 2015.
17. Food and Water Watch Europe. *TTIP and Genetically Engineered Foods*. April 2015.
18. Hilary, John. "On TTIP and the NHS, they are trying to bamboozle us." July 14, 2014.
19. Patterson, Brent. "Europeans face investor-state challenges with CETA." Council of Canadians. November 12, 2013.
20. Whittington, Les. "Canadian mining firms worst for the environment, rights: Report." *Toronto Star*. October 19, 2010.
21. Van Harten, Gus. "A Parade of Reforms: The European Commission's latest proposal for ISDS." Osgoode Law School. May 6, 2015.
22. EU Observer. "US rejects EU proposal on free trade tribunal." May 11, 2015.
23. Seattle to Brussels Network. "CETA – Open letter." July 2015.

